



Netzwerk
für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future
wissenschaft & politik

Bericht der Herbstsession 2021

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Herbstsession stimmten beide eidgenössischen Räte mit eindeutigem Stimmenverhältnis für die Freigabe des Kohäsionsbeitrags für ausgewählte EU-Mitgliedstaaten. Der Ständerat beriet als Zweitrat die Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) und bestätigte die Notwendigkeit, die Innovationsförderung flexibler zu gestalten. Der Nationalrat sprach sich im Rahmen der Behandlung des Gentechnikgesetzes für eine Verlängerung des Moratoriums für gentechnisch veränderte Organismen aus. Zudem hiess er eine Motion gut, die vom Bundesrat bis zur Wintersession 2021 eine Finanzierungsbotschaft für die Assoziierung ans EU-Bildungsprogramm Erasmus+ fordert.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Klare Freigabe des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags

In der letzten Woche der Herbstsession berieten beide eidgenössischen Räte die Anpassung der Bundesbeschlüsse über den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (**21.050**). Nachdem der Ständerat am Donnerstag Morgen die Freigabe des Kohäsionsbeitrags mit 30 zu 9 Stimmen guthiess, bestätigte der Nationalrat den bundesrätlichen Vorschlag noch am selben Abend mit 131 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung. Damit genehmigte das Parlament die Auszahlung der

Rahmenkredite Kohäsion und Migration im Gesamtumfang von 1,3 Milliarden Franken. Das Parlament hatte diesem Beitrag im Kontext des Schweizer Zugangs zum EU-Binnenmarkt im Jahr 2019 grundsätzlich zugestimmt, knüpfte ihn aber an eine Bedingung, womit die Auszahlung an die EU verunmöglicht wurde. Die Europäische Kommission ihrerseits verknüpfte den Kohäsionsbeitrag seit dem Abbruch der Verhandlungen über ein Institutionelles Abkommen (InstA) unter anderem mit der Assoziierung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe». Sie deklarierte die Freigabe des Kohäsionsbeitrags als eine Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen für eine Schweizer Beteiligung. Zurzeit hat die Schweiz beim global umfassendsten Programm für Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2027 den Status eines nicht-assoziierten Drittstaates inne. Damit entgehen Forschenden und KMU in der Schweiz zentrale und hoch dotierte Instrumente des Programms, die von der Schweiz nicht mit eigenen Fördermassnahmen kompensiert werden können.



Protokoll des Ständerats vom 30. September 2021



Protokoll des Nationalrats vom 30. September 2021

Innovationsförderung: Ständerat unterstützt die FIGG-Revision – eine letzte Differenz bleibt bestehen

Der Ständerat behandelte die Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIGG, [21.026](#)) in der Herbstsession als Zweitrat. Auch er begrüsst die Erhöhung der Flexibilität von Innosuisse, der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung, und folgte einstimmig seiner vorberatenden Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S). Im Weiteren wurde die Reserveobergrenze für die betroffenen Institutionen Innosuisse und Schweizerischer Nationalfonds von 10% auf 15% angehoben. Gegenüber dem Nationalrat, der das Geschäft in der Sommersession beraten hatte, schuf die kleine Kammer drei Differenzen. Einerseits lehnte sie die Steuerbefreiung von als Stipendien ausgerichteten Förderbeiträgen ab und andererseits ergänzte sie das Gesetz mit einer Bestimmung, um Innosuisse mehr Spielraum einzuräumen, sofern keine

Assoziierung an das EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» erfolgt. Drittens hielt der Ständerat an der Bandbreite der Eigenleistung von Umsetzungspartnern von 40–60% der Gesamtprojektkosten gemäss der Version des Bundesrates fest. Der Nationalrat widmete sich noch in der dritten Sessionswoche der Differenzbereinigung und schloss sich bei den ersten beiden Punkten dem Ständerat an. Bezüglich der Bandbreite der Eigenleistungen hielt die grosse Kammer jedoch mit 133 zu 50 Stimmen an ihrer Version und somit einer Senkung auf 30–50% fest. Mit dieser letzten Differenz geht die FIFG-Revision nochmals in den Ständerat, der das Geschäft voraussichtlich in der Wintersession fertig beraten wird.



Protokoll des Ständerats vom 14. September 2021



Protokoll des Nationalrats vom 27. September 2021

Die grosse Kammer unterstützt die Verlängerung des Moratoriums für gentechnisch veränderte Organismen

Der Nationalrat widmete sich als Erstrat der Änderung des Gentechnikgesetzes (**21.049**). Er stimmte mit 144 zu 27 Stimmen bei 19 Enthaltungen für den bundesrätlichen Vorschlag, das Moratorium zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen um vier Jahre, bis Ende des Jahres 2025, zu verlängern. Das Moratorium wurde seit dem Jahr 2005 schon dreimal verlängert. Davon ausgenommen ist der Anbau solcher Organismen zu Forschungszwecken. Eine Minderheit wollte das Gesetz mit einem Absatz ergänzen, wonach die Methoden der Genom-Editierung vom Moratorium ausgenommen und ein separates Zulassungsverfahren geschaffen werden sollte. Im Zentrum dieser Debatte stand die Methode der Gen-Schere (CRISPR/Cas), bei welcher den Pflanzen kein artfremdes Erbgut eingefügt wird. Der Rat folgte mit 147 zu 42 Stimmen bei zwei Enthaltungen der Version des Bundesrates und lehnte diesen Antrag ab. Im gleichen Zug unterstützte die grosse Kammer das Postulat ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) «GVO-Moratorium. Belastbare Informationen als Grundlage für gute Entscheide» (**21.3980**). Die nächste vierjährige Laufzeit des Moratoriums soll demnach genutzt werden, um Fragen nach einer möglichen

Koexistenz verschiedener Arten von Landwirtschaft und der Wahlfreiheit sowohl der Konsumentinnen und Konsumenten als auch der Produzentinnen und Produzenten zu klären. Ebenfalls sollen die Risiken neuer Gentechnologien bewertet und die Verantwortlichkeiten bei allfälligen Kontaminationen anderer Landwirtschaftsarten evaluiert werden. Das Geschäft wird als Nächstes im Ständerat beraten.



Protokoll des Nationalrats vom 23. September 2021

Nationalrat fordert Finanzierungsbotschaft für Erasmus+ bis zur Wintersession

Der Nationalrat nahm die Motion seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-N) für eine Finanzierungsbotschaft für die Schweizer Teilnahme am EU-Bildungsprogramm «Erasmus+» mit 131 zu 48 Stimmen an (**21.3975**). Damit fordert er den Bundesrat auf, bis zur Wintersession 2021 dem Parlament eine Botschaft mit den Verpflichtungskrediten für eine Schweizer Assoziierung an Erasmus+ zu unterbreiten. Das Programm der Europäischen Union gehört weltweit zu den grössten Förderinstrumenten für Mobilität in der Bildung und institutionelle Zusammenarbeit. Die neue Programmgeneration läuft in den Jahren 2021–2027. Die Motion kommt als Nächstes in den Ständerat.



Protokoll des Nationalrats vom 30. September 2021

Beteiligung an SKAO ist im Nationalrat unbestritten

Der Nationalrat genehmigte die Finanzierung der Schweizer Beteiligung an der internationalen Forschungsinfrastruktur «Square Kilometre Array Observatory» (SKAO) in den Jahren 2021–2030 (**21.038**) mit 162 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung. Mit dem empfindlichsten Radioteleskop des 21. Jahrhunderts soll die Entstehung der ersten Sterne und Galaxien erforscht werden. Im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 hatte das Parlament 8,9 Millionen Franken für den Beitritt zur

SKAO bewilligt. Um die Vollmitgliedschaft bis im Jahr 2030 sicherzustellen, beantragt der Bundesrat dem Parlament eine Erhöhung des Verpflichtungskredits um 24,7 Millionen Franken. Der Ständerat wird die Finanzierung für SKAO als Zweitrat behandeln.



Protokoll des Nationalrats vom 30. September 2021

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...



...im Ständerat die Motion «Gefahr der Antibiotikaresistenzen. Potenzial der Komplementärmedizin nutzen» (**18.4332**) mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt. Diese wollte den Bundesrat beauftragen, Forschungsprojekte zu fördern, die den Beitrag komplementärmedizinischer Behandlungen zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen leisten könnten. Der Vorstoss ist somit erledigt.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET



Den Bundesrat im Krisenfall richtig beraten

Motion (21.3956) von Ständerat Erich Ettlín (Die Mitte).

Eingereicht am 18. Juni 2021.

Der Bundesrat hat am 8. September 2021 die Ablehnung der Motion beantragt.



Stellungnahmen von mehr als 230 Akteuren zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 des Bundesrats

Interpellation (21.3912) von Nationalrätin Christine Badertscher (GPS).
Eingereicht am 18. Juni 2021.

Der Bundesrat hat am 1. September 2021 darauf geantwortet.



Soziale Innovation. Das Stiefkind der Innovationspolitik des Bundes

Interpellation (21.3809) von Nationalrat Fabien Fivaz (GPS).
Eingereicht am 17. Juni 2021.

Der Bundesrat hat am 18. August 2021 darauf geantwortet.



Eidgenössische Technische Hochschulen. Stagnation der Anzahl Studierenden in den Bereichen Architektur, Bauwesen und Geomatik!

Postulat (21.3839) von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP).
Eingereicht am 17. Juni 2021.

Der Bundesrat hat am 25. August 2021 die Ablehnung des Postulates beantragt.



Mitwirkung in EU-Programmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027

Motion (21.3868) von Nationalrätin Claudia Friedl (SP).
Eingereicht am 17. Juni 2021.

Der Bundesrat hat am 1. September 2021 die Ablehnung der Motion beantragt.



Innovationsförderung des Bundes. Überblick und Koordinierung

Interpellation (21.3758) von Nationalrat Christophe Clivaz (GPS).
Eingereicht am 16. Juni 2021.
Der Bundesrat hat am 18. August 2021 darauf geantwortet.



Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte

Postulat (21.3654) von Nationalrat Damien Cottier (FDP).
Eingereicht am 8. Juni 2021.
Der Bundesrat hat am 1. September 2021 die Annahme des Postulates beantragt.



Schaffung eines nationalen Pandemie-Frühwarnzentrums

Motion (21.3647) von Nationalrat Felix Wettstein (GPS).
Eingereicht am 7. Juni 2021.
Der Bundesrat hat am 1. September 2021 die Ablehnung der Motion beantragt.



Innosuisse: Wird wirklich auf die Nachhaltigkeit geachtet?

Interpellation (21.3531) von Nationalrat Christophe Clivaz (GPS).
Eingereicht am 4. Mai 2021.
Der Bundesrat hat am 18. August 2021 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Nicht-Assoziierung an Horizon 2021-2027: Die vorgesehenen Mechanismen zur Sicherung der Zukunft von Forschung und Innovation in der Schweiz vervollständigen

Motion (21.4214) von Nationalrat Fabien Fivaz (GPS).

Eingereicht am 30. September 2021.



Einbezug der Wissenschaft in der Klimapolitik stärken

Motion (21.4182) von Ständerat Othmar Reichmuth (Die Mitte).

Eingereicht am 30. September 2021.



Schaffung einer dauerhaften genomischen Überwachungsplattform

Motion (21.4175) von Nationalrätin Judith Bellaiche (GLP).

Eingereicht am 30. September 2021.



Den Dialog von Wissenschaft und Politik aktiv gestalten

Postulat (21.4320) von Nationalrätin Regula Rytz (GPS).

Eingereicht am 1. Oktober 2021.



Forschung und Erkenntnisse über Fundamentalismus in Parallelgesellschaften

Postulat (21.4304) von Nationalrätin Marianne Binder-Keller (Die Mitte).

Eingereicht am 1. Oktober 2021.



GVO-Moratorium: ein Ausweg aus der Sackgasse. Schaffung einer nationalen Agentur für die Bewertung von nichtmedizinischen Produkten, die aus gentechnischen Verfahren hervorgehen

Interpellation (21.4280) von Nationalrätin Simone de Montmollin (FDP).

Eingereicht am 1. Oktober 2021.



Wie stellen wir sicher, dass die Schweiz bei der nuklearen Forschung nicht abgehängt wird?

Interpellation (21.4181) von Nationalrat Peter Schilliger (FDP).

Eingereicht am 30. September 2021.



Wie werden Ziele der nachhaltigen Entwicklung in Weiterbildungsprogramme integriert?

Interpellation (21.4120) von Nationalrätin Valentine Python (GPS).

Eingereicht am 29. September 2021.



Zertifikatspflicht darf nicht zu Ungleichbehandlung an Bildungsstätten führen

Interpellation (21.4118) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 29. September 2021.



Auswirkungen des Rahmenabkommen- Verhandlungsabbruchs auf Gleichstellungsförderung im Forschungsbereich

Interpellation (21.4043) von Nationalrätin Florence Brenzikofer (GPS).
Eingereicht am 21. September 2021.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation
(BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

4. Oktober 2021